

Brustimplantat muss raus – wer zahlt?

Bereiten Brustimplantate Probleme und Schmerzen, müssen sie oft wieder raus. Doch wer kommt für die kostspieligen Operationen auf? Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen sieht auch die Patientinnen in der Pflicht. Sie müssen einen Teil der Kosten übernehmen.



© Georgiy - Fotolia.com

1. Brustimplantate halten selten ein Leben lang oder bereiten Probleme. Viele Silikonkissen mussten in der Vergangenheit entfernt oder ausgetauscht werden.
2. Patienten müssen sich an den Kosten für den Austausch von Brustimplantaten beteiligen. Die Krankenkassen übernehmen nur einen Teil der Kosten.
3. Bei der Bemessung der Höhe des Kostenbeitrags kommt es auf den Grad des Verschuldens, die Höhe der Aufwendungen der Krankenkasse und die wirtschaftliche

Stand: 12.03.2019

Medizinisch nicht notwendige ästhetische Operationen wie eine Brustvergrößerung, eine Tätowierung oder ein Piercing müssen Sie selbst bezahlen. Die Krankenkassen beteiligen sich daran nicht. Kommt es später zu Komplikationen und ist eine Folgeoperation erforderlich, springen die gesetzlichen Kassen ein. Zum Beispiel wenn sich nach einer Brustvergrößerung durch eine Kapsel Fibrose das Gewebe verhärtet und eine Entzündung herausbildet. Allerdings übernehmen die Krankenkassen nicht alle Kosten, sondern Patientin oder Patient müssen sich daran in angemessener Höhe beteiligen. Von der Krankenkasse wird der Eingriff nur zum Teil übernommen, und auch nur dann, wenn eine medizinische Indikation vorliegt. Die Kosten für die Operation können zwischen 5.000 und 10.000 Euro liegen.

Patientin für Beschwerden selbst verantwortlich

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen hat entschieden, dass eine 46-jährige Frau 1.300 Euro für den stationären Austausch von kaputten Brustimplantaten zahlen soll, der insgesamt 6.400 Euro gekostet hat (Beschluss vom 28. Januar 2019, Az. L 16 KR 324/18). Ihre Kasse hatte diese Kosten zunächst vollständig übernommen und forderte danach einen Anteil von der Frau zurück. Die Betroffene hielt dies für verfassungswidrig und klagte. Die Begründung: Sie habe sich die Krankheit nicht vorsätzlich zugezogen. Die Kassen würden schließlich auch die Kosten für Sportunfälle übernehmen.

Die Richter sahen eine Kostenbeteiligung der Patientin nach § 52II SGB V jedoch als zwingend notwendig an. Das Solidarprinzip der Krankenversicherung sei nicht grenzenlos und müsse vor unsolidarischem Verhalten geschützt werden. Die Krankheitsursache habe die Frau durch ihre eigenverantwortliche und nicht medizinisch begründete Entscheidung, sich Brustimplantate einsetzen zu lassen, selber zu verantworten, und ihre gesundheitlichen Beschwerden seien allein darauf zurückzuführen. Bei notwendigen Operationen wie etwa nach Krebserkrankungen sei dies anders einzuschätzen. Bei der Bemessung der Höhe des Kostenbeitrags der Frau käme es auf den Grad des Verschuldens, die Höhe der Aufwendungen der Krankenkasse und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Unterhaltungspflichten) der

Versicherten an.

UNSER RAT

Brustimplantate halten selten ein Leben lang. Viele Silikonkissen mussten in der Vergangenheit entfernt oder ausgetauscht werden. Überdenken Sie daher genau, ob Ihre geplante Operation medizinisch wirklich notwendig und sinnvoll ist.

© Verbraucherzentrale Hamburg e. V.

<https://www.vzhh.de/brustimplantat-muss-raus-wer-zahlt>